

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 3. 36. Jahrg.

19. Januar 1923

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRÜCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement: Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 120 Mk. exkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 360 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsenstraße 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkens Weg Leipzig Auestraße 8-9

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 60.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 10.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. X. Internationale Konferenz der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe. Verbandsbeitrag und Unterstützungssätze. Rundschau. Protest der freien Gewerkschaften gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Die Postgebührensätze ab 15. Januar 1923. **Allgemeines:** Konferenz des Verbandsrates. Schluß - Der Lithograph: Schlußfolgerungen. - **Photogr. Mitarbeiter:** Preiserhöhungen für Vergrößerungen. - **Feuilleton:** Was will die Volkshochschule. - **Eingegangene Schriften.** - **Anzeigen.**

Kaiber nach dem Verbandsvorstand schossen, mögen daraus erkennen, welch schwierige Aufgabe es ist, den Nürnberger Verbandsratsbeschlüsse, der so einfach aussieht, zur Durchführung zu bringen. Denn in Wirklichkeit stellt sich das Verhältnis des bestimmten tariflichen Stundenlohnes zum Beitrag so:

	tarifl. Mindest- wochenlohn	Stundenlohn	Verbands- beitrag
ab 30. Dezember 22	18120 Mk.	385 Mk.	360 Mk.
„ 13. Januar 23	21120 „	449 „	360 „

Das Anfang Januar gefälligte Lohnabkommen läuft aber nur bis zum 26. Januar, dieweil der für Januar festgesetzte Beitrag bis zum 3. Februar

Nur gestützt auf die genannten Tatsachen und in Beurteilung der politischen Situation hat der Verbandsvorstand den wöchentlichen Verbandsbeitrag für Monat Februar auf 570 Mark normiert. Wir gehen schon in unserem Neujahrsartikel der Meinung Ausdruck, daß der Beitrag für Monat Februar mindestens 550 Mark betragen müsse. Heute, nachdem durch das Scheitern der Pariser Konferenz und die Besetzung des Ruhrgebietes die Mark weiter in altgewohnter Art ihrer tiefsten Tiefe zutreibt, erscheint uns die Festsetzung des Verbandsbeitrages auf 570 Mark die Woche noch als zu niedrig. Was in der letzten Woche wieder an Erhöhung der Preise für den notwendigen Lebensbedarf geleistet worden ist, kann sich wirklich sehen lassen. Und man braucht kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß dieses „liebliche“ Spiel noch mindestens soviel Fortsetzungen hat, wie ein gewöhnlicher Zeitungsroman. Ist diese ganze Geschichte auch Unsinn, so hat sie doch Methode und bringt nebenbei mit sich, die Arbeitskraft des Arbeiters noch viel mehr als bisher unter ihrem Werte kaufen zu können. Denn das ist das Verhängnisvolle an der Geldentwertung, daß trotz größter Kraftanstrengung die Löhne nicht mitkommen können. Aber darüber dürfte schon heute kein Zweifel bestehen, daß trotz des relativen Konservatismuses der Löhne bei den nächsten Lohnverhandlungen ganz anders aufgepackt werden muß, als bei der Aufschlag auf den Verbandsbeitrag für Februar betragt.

Bekanntmachungen.

Das Inhaltsverzeichnis der Graph. Presse, Jahrgang 35, befindet sich im Satz. Da wegen der hohen Kosten nur soviel Inhaltsverzeichnisse gedruckt werden als unbedingt notwendig sind, wird nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Kollege, der ein solches Inhaltsverzeichnis zu haben wünscht, seine Bestellung unverzüglich an die Expedition der „Graphischen Presse“, Conrad Müller, Schenkenditz bei Leipzig, Augustastr. 8, aufgeben muß. Bestellungen, die nach dem 28. Januar eingehen, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Der Verbandsvorstand.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer, Licht- und Steindrucker.

Die Abänderungen zum neuen Tarif sind fertiggestellt und können in beliebiger Anzahl vom Tarifamt bezogen werden.

Richard Köhler, Geschäftsführer.

Verbandsbeitrag und Unterstützungssätze.

Wie aus dem in vorer Nummer unseres Verbandsorgans enthaltenen Bericht über die Beratung der Finanzlage des Verbandes auf der Beiratskonferenz hervorgeht, die am Ende des vergangenen Jahres gepflogen wurde, ist dem Verbandsvorstand Auftrag erteilt worden, aus eigenem den Verbandsbeitrag den veränderten Verhältnissen entsprechend festzusetzen und dabei den Beschlüsse des Nürnberger Verbandstages, der bestimmt, daß der wöchentliche Verbandsbeitrag gleich sein soll dem tariflichen Stundenlohn, der im Lithographie- und Steindruckgewerbe einem über 24 Jahre alten Kollegen in Orten mit 25 Prozent Ortszuschlag gezahlt werden muß, zur Grundlage der Festsetzung zu nehmen. Ausdrücklich bekundete der Verbandsbeirat, daß der tatsächlich gezahlte tarifliche Stundenlohn die Höhe des Verbandsbeitrages bestimmen müsse. Er lehnte damit die im vergangenen Jahre geübte Praxis ab, den Verbandsbeitrag nach dem gezahlten Stundenlohn des Vormonats zu normieren. Ein solcher Zustand ist auch in Ansehung der sich abspielenden Dinge gar nicht tragbar. Bei der sprunghaften Steigerung aller Preise müssen so die finanziellen Grundlagen des Verbandes zerrüttet werden. Nur weil wir das voraussahen, aber auch ganz positiv wissen, daß nur eine auch finanziell einigermaßen fundamentierte Organisation in der Lage ist, das menschenmöglichste an Schutz der Kollegen leisten kann, haben wir immer wieder darauf verwiesen, daß der Nürnberger Verbandsratsbeschlüsse unbedingt zur Ausführung gebracht werden muß. Wie weit wir bisher von der Ausführung dieses Beschlusses entfernt waren, zeigte die kleine Aufstellung in Nummer 51 der „Graphischen Presse“ vom 22. Dezember 1922, die ganz deutlich erweist, daß der Verbandsbeitrag in dem Maße hinter den Verhältnissen nachbleibt, in dem die Teuerung steigt.

Frotdem die verantwortlichen Verbandskörperschaften durch eine Verdoppelung des Verbandsbeitrages für den Monat Januar eine kleine Ausgleichung dieses ungesunden Zustandes erhofften, ist sie nicht eingetreten. Die Kollegen, die in der Normierung der Höhe des Verbandsbeitrages für Januar nicht der Weisheit letzten Schluß erblicken konnten und deshalb mit zweifelhafte

X. Internationale Konferenz der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe.

In Ausführung des Paragraphen 7 des internationalen Statuts und gemäß dem vom Exekutivkomitee in seiner Nürnberg-Sitzung im Juli d. J. gefaßten Beschlüsse, sind sämtliche Landesorganisationen welche die Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe organisieren, auch solche welche unserem internationalen Bund nicht angeschlossen sind, eingeladen, der am 14. 15. und 16. August 1923 in Frankfurt a. M. berufenen internationalen Konferenz beizuwohnen.

Die Tagesordnung wurde vorläufig wie folgt aufgestellt:

1. Wahl des Bureau;
2. Prüfung der Mandate;
3. Festsetzung der Geschäftsordnung.
4. Bericht des internationalen Sekretärs über die Tätigkeit und die finanzielle Lage des internationalen Bundes.
5. Besprechung der von den Abteilungen eingereichten Anträge;
6. Behandlung des neuen Statuts;
7. Feststellung des Sitzes des internationalen Sekretärs;
8. Ernennung des Sekretärs.

Die Landesorganisationen, welche evtl. Vorschläge zur Ergänzung oder Abänderung der Tagesordnung zu bringen wünschen, werden ersucht, bis zum 1. Mai 1923 diese Vorschläge mit einem Bericht dem internationalen Sekretär zuzuschicken, damit dieser die endgültige Tagesordnung ausstellen kann.

Die Delegierten der Organisationen, welche den Gegenseitigkeitvertrag unterzeichnet haben, werden am Montag, den 13. August eine Vorkonferenz abhalten, zur Besprechung der verschiedenen, den Vertrag betreffenden Fragen.

Die Abteilungen, welche den Gegenseitigkeitvertrag betreffende Fragen zu besprechen wünschen, werden gebeten, ihre Vorschläge dem internationalen Sekretär, der die Tagesordnung der Vorkonferenz feststellen wird, rechtzeitig einzureichen.

Der internationale Sekretär,
FR. POELS.

gilt. Nur einmal als Beispiel angenommen, daß für die 5. Januarwoche eine Erhöhung der Stundenlohnzahlen um 120 eintritt, ist die Mindereinnahme des Verbandes ganz erheblich. Im Monat Januar würde dann diese Mindereinnahme des Verbandes bei Annahme von 15000 zahlenden Mitgliedern - in Wirklichkeit ist die Zahl der zahlenden Mitglieder höher - 7 555 000 - in Worten: **Siebenmillionenfünfhundertfünfundfünfzigtausend** Mark betragen. Solche Einnahmeausfälle kann der Verband einfach nicht ertragen! Hinzu kommt noch, daß die Verbandselder erst viel später, und dann natürlich durch die fortschreitende Geldentwertung stark entwertet, bei der Hauptklasse eingehen. Unter solchen Verhältnissen können auf ganz anderer Grundlage basierende Beschlüsse einfach nicht aufrecht erhalten werden.

Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich aber daß auch im Februar die Verbandskasse wieder nicht auf ihre Rechnung kommt. Und zu den Mindereinnahmen werden sich Mehrausgaben ganz erheblicher Art hinzugesellen. Rechnet man doch schon jetzt ganz positiv damit, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus unter Mithilfe belgischen Militärs und italienischer Ingenieure ein teilweise Erliegen der Betriebe wegen Kohlenmangel zur Folge haben muß. Das aber heißt Arbeitslosigkeit für die Besetzlosen. Warum unser Gewerbe, d. h. wir Kollegen, dabei von Arbeitslosigkeit verschont bleiben sollten, ist wirklich nicht erfindlich. Jedenfalls würde eine solche Einstellung recht bald eine recht empfindliche Korrektur erfahren. Da aber die vom Verbandsvorstand auf der Grundlage der letzten Genera versammlungsbeschlüsse bisher normierten Unterstützungssätze das Normale zur Basis hatten, die kommende Krisis aber andere Einstellung erzwingt, ist unter Zustimmung des Verbandsbeitrages zugleich mit der Beitragserhöhung eine andere Gestaltung der Unterstützungssätze beschlossen worden. Nach der Ausschreibung des Verbandsvorstandes gilt für Februar zur Berechnung der Unterstützungssätze der im Januar gezahlte Beitrag. Das ist zwar eine kleine Minderung die aber ausreichen dürfte, während der Krise eine Herabsetzung der Unterstützungssätze zu vermeiden. Freilich, wenn infolge politischer Ereignisse eine Katastrophe eintritt, dürfte auch diese Maßnahme sich als unzulänglich erweisen. Aber damit tritt auch die Voraussetzung des Liebknechtschen Wortes in Geltung, daß man in besonderen Situationen seine Maßnahmen in 24 Stunden 24 mal ändern muß, also ganz danach handeln muß, wie es die jeweilige Situation bedingt.

So ergibt denn schon diese kurze Betrachtung, die nur des Raummangels wegen darauf verzichtet, noch all die andern, durchaus nicht nebensächlichen Gründe in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, daß die vorgeschlagene Erhöhung des Verbandsbeitrages wie die anders gesehene Berechnung der Unterstützungssätze lediglich das Diktat des organisatorischen Selbsterhaltungstriebes ist. Und kein noch so kluger Kollege wird eine andere Lösung der Frage aufzeigen können. Notwendigkeiten erzwingen eben aus sich heraus die Mittel, die ihnen genügen. Und so wird infolge der sich weiter vollziehenden Geldentwertung mit ihren Folgen die Februar-Beitragsserhöhung nicht die letzte sein, weil die bald fällige Lohnverhandlung noch nicht die letzte Erhöhung der Lohnzahlen bringt. Ein Stundenlohn als wöchentliche Verbandsbeitrag aber ist die einmütige Forderung aller Kollegen an den Verbandstag gewesen. Der Verbandstag hat dieser Forderung entsprochen,

Nun gilt es aber auch den auf Grund der Forderung gefaßten Beschluß durchzuführen und ohne Murren den Beitrag zu leisten. Mit weniger Beitrag als einen Stundenlohn ist die Organisation eben nicht existenzfähig. Schon die getroffenen Sparmaßnahmen sollen Warnung genug sein und die Kollegen allerorts veranlassen, die drohende Gefahr zu erkennen. Denn erliegen erst die Gewerkschaften der Geldentwertung, dann ist die Bahn frei, der Arbeiterschaft das Fell glatt über die Ohren zu ziehen. Dem vorzubeugen ist jeder einzelne sich selbst schuldig.

Rundschau.

Der Steindruckerkollege Eugen Kuhn soll sich melden! Die Leitung der Mitgliedschaft Würzburg ersucht den Kollegen Kuhn wie die Mitgliedschaften um Mitteilung der jetzigen Adresse des Steindruckerkollegen Eugen Kuhn aus Berlin, Buch-Nummer 33 590, damit ihm sein zustehendes Guthaben zugeeignet werden kann.

Neue Preise für chemigraphische und Kupferdruckerarbeiten. Wie der Bund der chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands durch Zirkular seinen Kunden mitteilt, mache sich into'ge weiterer Preissteigerungen für Materialien und Erhöhung der Löhne eine weitere Erhöhung der Preise notwendig. Der Teuerungszuschlag wurde deshalb mit sofortiger Wirkung auf 3800 v. H. auf die Grundpreise vom 1. Mai 1922 erhöht. Für das Ausland erhöhen sich die Inlandspreise um die von der Außenhandelsstelle festgesetzten Valutazuschläge.

Die Allgemeine Steinsetzer-Zeitung, das Organ des Verbandes der Steinsetzer, Pflesterer und Berufsgenossen Deutschlands, erschien erstmals am 8. Januar 1893, kann also jetzt auf ein 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Genosse Alexander Knoll war Redakteur des Blattes vom Anfang an bis 1920. Während der ersten drei Jahre wirkte Genosse Knoll neben seiner beruflichen Tätigkeit ehrenamtlich als Verbandsvorsitzender und Redakteur, bis er dann im Jahre 1895 angestellt wurde. In dem Deutschen Steinsetzer, der zuerst im Mai 1890 erschien, hatte das Verbandsorgan einen Vorläufer, der jedoch nur zwei Jahre bestand. Ihm folgte ein Korrespondenzblatt, das allmählich erschein. bis aus der zünftlerischen Vereinigung der Steinsetzergesellen eine moderne Gewerkschaft wurde, deren Ideen die Allgemeine Steinsetzer-Zeitung in die Köpfe der Mitglieder verpflanzen mußte. Das kostete zunächst neue Kämpfe, doch der Erfolg war um so nachhaltiger.

Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung erscheint seit dem 1. Januar in neuem Gewande. Die steigende Verteuerung der Drucksachen zwingt den Verlag zu einer Vereinfachung der Aufmachung und einer geringen Verkleinerung des Formats, ohne daß der Inhalt Schaden leiden wird. Es kommt ja leider vor, daß Gewerkschaften gezwungen sind, die kostenlose Zustellung dieses vom A.D.G.B. herausgegebenen Frauenblattes an ihre weiblichen Mitglieder einzustellen. Dies geschieht jedoch lediglich aus Gründen der Ersparnis und nicht wegen des Inhalts der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung. Nunmehr sollten aber die betreffenden Gewerkschaftsmitglieder sich den Weiterbezug dieser Zeitschrift durch Bestellung sichern. Bei Bezug durch die Post kostet sie monatlich 40 Mark, wer sie jedoch durch Vermittlung seines Verbandes bezieht, erhält sie für den halben Preis.

Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter im Januar. In den Verhandlungen über die Januarlöhne für die Reichs- und Staatsarbeiter wurden folgende Stundenlöhne festgesetzt:

in der Lohngruppe	I	322 Mk.	379 Mk.
" " "	II	314 "	369 "
" " "	III	306 "	359 "
" " "	IV	298 "	349 "
" " "	V	293 "	343 "
" " "	VI	290 "	339 "
" " "	VII	287 "	335 "

Die Lohsätze vermindern sich in jeder Ortsklasse von B bis E um je 6 Mark in der ersten Hälfte und um je 7,50 Mark in der zweiten Hälfte des Monats Januar. Der Kinderzuschlag erhöht sich von 20 auf 25 Mark und der Frauenschlag von 15 auf 24 Mark ab 1. Januar. Der Lohn für die weiblichen Bediensteten ist jeweils 65 Prozent des Lohnes der Lohngruppe VII.

Stand der deutschen Großhandelspreismessziffern zu Anfang Januar 1923. Die Errechnung der Preisentwicklung im Großhandel weist nach den drei zur Zeit bestehenden Großhandelsmessziffern eines verschiedenen hohen Preisanstaus zu Beginn des Jahres auf, wenn schon die Steigerungen von November auf Dezember annähernd dieselben Steigerungsgrade zeigen. Der auf je einen Stichtag zu Monatsanfang berechnete Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“, der zumeist in der Praxis für den Vormonat zurückdatiert wird, hat zu Anfang Januar das 2054 fache seines Ausgangspunktes (Stichtag Juli 1914) erreicht und weist gegenüber dem Vormonat (Stichtag Anfang Dezember 1922) eine 22,5 prozentige Steigerung auf. Die Indexziffer des Statistischen Reichsamts ist vom No-

vemberdurchschnitt 1151,00 im Dezemberdurchschnitt auf das 1475 fache ihrer Basis (1913=1), also um 28 v. H. gestiegen. Die Großhandelspreismessziffer der „Industrie- und Handels-Zeitung“, die im allgemeinen als Wochenpreismessziffer errechnet wird, hat im Dezemberdurchschnitt das 1726 fache ihres Ausgangspunktes (1913=1) erreicht und weist damit gegenüber ihrem Novemberdurchschnitt: 1324,64 eine 30 proz. Steigerung auf; sie liegt damit in der Mitte zwischen der erheblich niedrigeren amtlichen Ziffer und der bedeutend höheren Stichtagziffer der „Frankfurter Zeitung“. Die für die erste Januarwoche errechnete Wochenmessziffer der „Industrie- und Handels-Zeitung“ kommt der für den 5. Januar berechneten Stichtagziffer des „Stat. Reichsamts“ mit 1670,00 etwas näher, während die für denselben Tag geltende Stichtagziffer der „Frankfurter Zeitung“ mit 2054,17 weit höher liegt.

Protest der freien Gewerkschaften gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Unterm 11. Dezember veröffentlichten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund folgenden Aufruf an alle freigewerkschaftlich Organisierten gegen das Eindringen des französischen Imperialismus unter Mithilfe belgischer Truppen in das Ruhrgebiet:

Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen vor aller Welt den schärfsten Protest. Sie erblicken in dieser Maßnahme einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt und den Ausdruck schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik, die von den organisierten deutschen Arbeitnehmern stets bekämpft worden ist, gleichviel von welcher Seite sie geübt wurde.

Die deutsche Wirtschaft erleidet durch diesen Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat und von der in weiterer Folge die Arbeiter der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden.

Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rückhaltlos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben. Alle Angebote der deutschen Gewerkschaften für den Wiederaufbau konnten nicht zur Ausführung gelangen, weil die französische Regierung diese Versuche bisher verhindert hat. Die deutschen Gewerkschaften sind nach wie vor zu einer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entsprechenden Wiedergutmachung bereit. Sie sehen aber in diesem militärischen Gewaltakt die Verhinderung, wenn nicht gar die dauernde Zerschlagung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Absicht.

Die französisch-belgische Einmarsch-Note verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen.

In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundsätze widersprechen allen im Völkerungsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unersättlichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlsyndikats nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Die Postgebühren ab 15. Januar.

Postkarten:	Mk. 10
Im Ortsverkehr	Mk. 10
Fernverkehr	Mk. 25,-
Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind.	Mk. 10,-

(Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.)

Briefe:

Im Ortsverkehr:

bis 20 g	Mk. 20,-
über 20 bis 100 g	30,-
100 " 250 g	50,-

Im Fernverkehr:

bis 20 g	Mk. 50,-
über 20 bis 100 g	70,-
100 " 250 g	90,-

Drucksachen:

Orts- und Fernverkehr:

Für Drucksachen bis 25 g	Mk 10,-
über 25 bis 50 g	20,-
50 " 100 g	30,-
100 " 250 g	50,-
250 " 500 g	70,-
500 " 1000 g	90,-
1000 " 2000 g (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig)	180,-

Geschäftspapiere und Mischsendungen:

Orts- und Fernverkehr:

bis 250 g	Mk. 50,-
über 250 bis 500 g	70,-
500 " 1000 g	90,-

Warenproben:

Orts- und Fernverkehr:

bis 250 g	Mk. 50,-
über 250 bis 500 g	70,-

Päckete:

Päckchen bis 1000 g	Nabzone (bis 75 km)	Mk.	Fernzone
über 3 " 5 kg	Mk. 200,-	Mk. 400,-	
" 5 " 6 "	300,-	600,-	
" 6 " 7 "	400,-	700,-	
" 7 " 8 "	450,-	800,-	
" 8 " 9 "	500,-	900,-	
" 9 " 10 "	550,-	1000,-	
" 10 " 11 "	650,-	1100,-	
" 11 " 12 "	750,-	1300,-	
" 12 " 13 "	850,-	1500,-	
" 13 " 14 "	950,-	1700,-	
" 14 " 15 "	1050,-	1900,-	
" 15 " 16 "	1150,-	2100,-	
" 16 " 17 "	1250,-	2300,-	
" 17 " 18 "	1350,-	2500,-	
" 18 " 19 "	1450,-	2700,-	
" 19 " 20 "	1550,-	2900,-	
Zeitungspakete bis 5 kg	150,-	3100,-	300,-

Postanweisungen:

über 1000	bis 5000	10000	20000	30000	40000	50000	Mk.
							30,-
							40,-
							60,-
							100,-
							140,-
							180,-
							220,-

Zahlkarten:

über 1000	bis 5000	10000	20000	30000	40000	50000	Mk.
							10,-
							20,-
							30,-
							50,-
							70,-
							90,-
							110,-
							110,-
Für je weitere 10 000 Mk. oder einen Teil dieser Summe mehr							
Mk. 20,-							

Wertsendungen:

Für Wertsendungen die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, welche beträgt:

je 5000 Mk.	Mk. 40,-
über 5000 bis 10000 Mk.	80,-
10000 Mk. für jede 10000 Mk. oder einen Teil davon	80,-

Einschreibgebühr beträgt für alle Sendungen Mk. 40,-

Eilbestellungen erfordern bei Vorauszahlung eine Gebühr:

Für eine Briefsendung:

nach dem Ortsbestellbezirk	Mk. 60,-
Landbestellbezirk	175,-

Für ein Paket:

nach dem Ortsbestellbezirk bis 10 kg	Mk. 125,-
über 10 kg	175,-
nach dem Landbestellbezirk bis 10 kg	250,-
über 10 kg	300,-

Telegramme:

Für Ferntelegramme Grundgebühr	Mk. 80,-
und außerdem für jedes Wort	40,-
Für Ortstelegramme Grundgebühr	40,-
und außerdem für jedes Wort	20,-

Weiterer Geltungsbereich:

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Österreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Konferenz des Verbandsbeirates.

(Schluß.)

Ober den dritten Punkt der Tagesordnung

Die zukünftigen Lohnverhandlungen

referiert Kollege Herbst. Er hob hervor, daß, trotzdem immer wieder dieselben Gründe dazu zwingen, Lohnverhandlungen zu führen, die Situation jedesmal eine verschiedene ist. Daher komme es auch, daß der Verbandsbeirat sich schon wieder, trotzdem der Verbandstag in seiner geschlossenen Sitzung sich so eingehend mit dieser Frage beschäftigt habe, erneut zu dieser Frage Stellung nehmen muß. Kollege Herbst schildert dann im Anschluß an diese Ausführungen in eingehender Weise die politische, wirtschaftliche und kommerzielle Lage unter besonderer Berücksichtigung der papierverarbeitenden Industrie und legt eingehend die Verhältnisse dar, wie sie sich für die Gewerbe ergeben, für deren Arbeiter wir die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern zu führen haben. Da bei Führung dieser Lohnverhandlungen auch der Export eine Rolle spielt, wird auch diese Seite des Problems in die Erörterung gezogen, um eine möglichst einwandfreie Grundlage zur Gesamtbeurteilung zu finden. Nachdem Kollege Herbst noch seiner Meinung Ausdruck gegeben hat, welche Fragen bei den nächsten Lohnverhandlungen das Feld der Auseinandersetzungen beherrschen werden, kommt er zu dem Schluß, daß auch für die nächste Zukunft die zentrale Lohnvereinbarung die zweckmäßigste ist und wir im Interesse der Kollegen an zentralen Lohnabmachungen festhalten müssen. Diese Erklärung für zentrale Lohnvereinbarung sei jedoch keine prinzipielle, sondern eine rein zweckmäßige und ergebe sich daraus der Schluß, daß unter veränderten Verhältnissen ebenfalls anders gehandelt werden müsse. Aber die noch immer als am zweckmäßigsten erscheinende zentrale Vereinbarung der Löhne schließt nicht aus, daß besonderen Verhältnissen eine besondere Berücksichtigung zuteil werden müsse. Eine besondere Norm dafür lasse sich nicht aufstellen, jedoch müsse an dem Beschluß des Verbandstages festgehalten und unter Einsatz aller Kraft dahin gestrebt werden, daß besondere Verhältnisse bei den zu pflegenden Lohnverhandlungen eine besondere Beachtung und auch einen den Verhältnissen entsprechenden Ausgleich finden. Kollege Herbst betont am Schluß seiner Darlegungen, daß wir uns von diesen Gesichtspunkten bei Führung der zukünftigen Lohnverhandlungen leiten lassen müssen. Wir werden dann getan haben, was im Interesse der Kollegen und des Gewerbes zu tun notwendig ist.

In der Diskussion wird einheitlich darauf verwiesen, daß zurzeit an zentralen Abmachungen festgehalten werden muß. Obwohl einige Kollegen gegen die zentralen Vereinbarungen Sturm laufen, dürfte nicht verkantet werden, daß sie doch auch gutes gebracht haben. Eine Tatsache sei, daß wir in Orten, die besonders von der Teuerung geplagt seien, mit unsern Löhnen stark ins Hintertreffen geraten wären. In solchen Fällen sei es notwendig, durch besondere Abmachungen einen Ausgleich herbeizuführen. Denn unsere Gewerbe seien nirgends ausschlaggebend für das allgemeine Preisniveau eines Ortes. Hervorgehoben wird auch in der Aussprache, daß wohl die großen Städte durch örtliche Verhandlungen im Augenblick ein Mehr an Lohn erzielen könnten, daß aber die kleineren Orte zurückbleiben würden. Das müßte in absehbarer Zeit aber auf die Großstädte zurückwirken und der Ruf nach zentralen Vereinbarungen würde wieder erschallen. Deshalb sei an der zentralen Vereinbarung festzuhalten, aber dafür zu sorgen, daß wenigstens die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden.

Nachdem von allen Gauen ein Bericht über den gegenwärtigen Beschäftigungsgrad erstattet ist, wird beschlossen, auch weiterhin an zentralen Lohnvereinbarungen festzuhalten und die für die kommende Verhandlung zu stellende Forderung auf 75 Prozent des höchsten tariflichen Minimums normiert. Den Unterhändlern wurde nahe gelegt, infolge des besseren Beschäftigungsgrades als im Buchdruck darauf hinzuwirken, einen etwas besseren Abschluß zu tätigen.

Nach Bestimmung der an den Verhandlungen beteiligten Unterhändler besprach Kollege Herbst die Aufträge vom Verbandstag, die dem Vorstand zur Ausführung überwiesen worden sind. Diese Aufträge der Reihe nach durchgehend, die im Protokoll vom Verbandstag zu finden sind, hebt Redner hervor, daß die Anträge, soweit sie Lohnfragen betreffen, durch die vorhergepflogene Aussprache erledigt sind. Soweit die Anträge Tariffragen betreffen, werden sie bei Neuberatung der Tarife Beachtung finden. Ob dabei der gewünschte Einheits tariff in die Tat umgesetzt werden kann, werden die Verhandlungen erweisen. Ebenso wird die bei jeder Tarifberatung gestellte Forderung, die Ferien nach Berufs Jahren zu bemessen, bei den nächsten Beratungen wieder-

kehren. Diese Tarifberatungen, wie überhaupt alle Lohnverhandlungen durch den Graphischen Bund führen zu lassen, wird so lange ein frommer Wunsch bleiben, solange nicht ein Manteltarif für das graphische Gewerbe geschaffen werden kann.

Zur Bildung der Betriebsräte und zur Hebung der organisatorischen Tätigkeit der Graphischen Kartelle die notwendigen Mittel bereitzustellen, muß angesichts der Finanzlage des Verbandes zurückgestellt werden. Die Frage der besseren Organisation und Bildung der Jugendlichen wird im Graphischen Bund zur Aussprache gebracht werden.

Die auf dem Verbandstage unter dem Tagesordnungspunkt „Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften“ dem Vorstandsvorsitzenden zur Ausführung überwiesenen Anträge werden in den Beratungen des Ausschusses des ADGB zur Aussprache gestellt werden. Eine lebhafteste Aussprache entspann sich erneut über die Herausgabe der Graphischen Rundschau. Wohl soll dem technischen Bildungsbedürfnis der Kollegen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden, aber in dem Augenblicke, wo man intoße der Finanzlage alle Ausgaben einschränkt, können neue Ausgaben nicht in Betracht gezogen werden. Auch entspräche die Herausgabe der Graphischen Rundschau in ihrer alten Art nicht den veränderten Verhältnissen. Alle Möglichkeiten der Herausgabe einer technischen Zeitschrift, die den neueren Verhältnissen entspricht, prüfend, wird erkannt, daß nur ein Abonnement in Frage kommt, bei dem alle Abonnenten von vornherein die Pflicht übernehmen müssen, den jeweiligen Selbstkostenpreis auch zu zahlen. Dem Vorstandsvorsitzenden wird anheimgegeben, da ein durchführbarer Vorschlag zurzeit nicht gemacht werden kann, die Herausgabe von fachtechnischem Bildungsmaterial nicht aus dem Auge zu lassen. Beschlossen wird noch, entsprechend dem Antrag die Quartalsabrechnungen nicht mehr im Verbandsorgan zu veröffentlichen, sondern entsprechend dem Antrag der Kassenanschlüsse bekannt zu geben.

Unter Punkt 5

Verschiedenes

Wird neben einer Reihe anderer Fragen noch zur Offsetfrage, zur Arbeitsnachweis und zur Liste der tariffreien Privatlithographen Stellung genommen. Besonders zur Offsetfrage werden wichtige und beachtenswerte Ausführungen gemacht. Man sollte einfach nicht für möglich halten, daß es in unsern Reihen noch Kollegen gibt, die dem Offsetdruck nicht die Bedeutung beimessen, die ihm gebührt. Sind auch zweifellos die Ansichten übertrieben, die den Offsetdruck als alleinige Druckmethode der Zukunft kennzeichnen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die bar sind der Beachtung des Selbsterhaltungstriebes der übrigen Druckarten, so muß doch immerhin der Offsetdruck unser ganzes Interesse finden, damit wir gerüstet sind wenn die Entwicklung ein noch schnelleres Tempo einschlägt. Wir haben alle Verantwortung, nicht nur als Organisation, sondern als einzelne, als Berufsarbeiter, alle Bildungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und dafür zu sorgen, daß wir uns den Anforderungen auch gewachsen zeigen. Anders geht die Entwicklung einfach über uns hinweg.

Nach Erledigung einiger innerorganisatorischer Angelegenheiten von geringerer Bedeutung faßt Kollege Haß das Ergebnis der gepflogenen Beratungen zusammen und betont, die gefaßten Beschlüsse nun zur Richtschnur unseres Handelns zu machen. Die politische Situation streift, weist er darauf hin, daß den Gewerkschaften schwere Kämpfe bevorstehen. Diese schweren Kämpfe können nur durchgefochten werden, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einig zusammensteht. Das bedingt, daß auch in unserem Verbandsorgan und geschlossenen an einem Stränge gezogen wird. Den Wunsch aussprechend, daß die Beschlüsse der Beiratskonferenz in diesem Sinne wirken, schließt Kollege Haß die Sitzung am 30. Dezember abends 6.45 Uhr.

Der Lithograph.

Schlußfolgerungen.

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Lithographen unter besonderer Berücksichtigung der Privatlithographie und der tariflichen Bestimmungen, die als Vorbeugungsmaßregeln gegen ein weiteres Herabgleiten des Lithographiegewerbes vereinbart worden sind, verlangt nun am Schluß auszusprechen, was zur In-die-Tatsatzung dieser Bestimmungen zu tun ist. Soweit die reine Interessenvertretung der Lithographen durch die Organisation in Frage kommt, erübrigen sich weitere Worte. Denn von der Organisation wird getan, was zu tun menschenmöglich ist.

Ganz anders aber liegt es auf dem Gebiete der inneren Gestaltung der Berufsnöwendigkeiten. Hier fehlen zum Teil sogar noch die Ansätze dazu, Besserungen möglich zu machen. Und zwar die Ansätze nach allen drei Seiten hin. Da ein gutes Sprichwort sagt, daß man zuerst vor seiner eigenen Tür kehren soll, mag auch zuerst da gekehrt werden. Und da gilt es vor allen Dingen die nach Feierabend von den Gehilfen geleistete Puscharbeit zum Tempel hinauszulegen. Diese Puscharbeit ist

zwar gering, aber sie ist da. Wer von solcher Puscharbeit eines im Betriebe sitzenden Lithographen nach Feierabend in einem anderen Betriebe oder zu Hause weiß und keine Mitteilung an die Mitgliedschaftsleitung des Verbandes macht, macht sich genau so eines Verstoßes gegen die Interessen der Lithographen schuldig wie der Täter selbst. Denn es gibt keine Gründe, ein solches Tun rechtfertigen zu können. Deshalb ist auch im § 14. Ziffer 9, des Tarifes festgelegt: „Der Gehilfe darf weder für eine andere Firma noch für eine Privatperson Arbeiten seines Berufes ausführen, auch nicht außerhalb der Arbeitszeit.“ Was das heißt, sollte sich jeder Lithographenkollege recht deutlich ins Gedächtnis schreiben, um nicht eines schönen Tages vor beträchtlichen Schädigungen zu stehen.

Mit der Kontrolle der im Betriebe sitzenden Lithographen muß die Kontrolle der lithographischen Arbeiten Hand in Hand gehen, die außerhalb des Betriebes gefertigt werden. Die nicht zu bestreitende Entwicklung zum gemischten Betriebe, die mit Riesenschritten vorwärtsgeht, bringt mit Naturnotwendigkeit ein noch größeres Spezial-tentum, wenigstens soweit die Lithographie in Frage kommt, mit sich. Aus diesem Grunde besitzt ja auch in neuerer Zeit die Privatlithographie in einem gewissen Umfange Existenzberechtigung. Diesen gewissen Umfang abzustecken ist ebenfalls eine Aufgabe der tariflichen Bestimmungen. Der Ausfluß davon ist die Liste der tariffreien Privatlithographen. Aber die durch Eintragung in die Liste der tariffreien Privatlithographen erworbene Karte als Ausweis dafür, für tariffreie Firmen Lithographien anfertigen zu können, ist noch kein Beweis dafür, daß diese Lithographien auch unter tariflichen Bedingungen gefertigt werden. Jedoch eht die Kontrolle, ob die Lithographien unter tariflichen Bedingungen angefertigt werden, durchgeführt wird, muß darauf gesehen werden, daß Lithographien nicht in Privatlithographen gegeben werden, die nicht in die Liste eingetragen sind. Hier erwächst insbesondere den Steindruckern eine Pflicht! Es muß für die Steindruckerkollegen Grund- und zwar, daß keine Lithographie Weiterbehandlung erfährt, deren Herkommen nicht einwandfrei ausgewiesen ist. Auch nicht eine Hand darf geführt werden, wenn in dieser Beziehung „etwas faul im Staate Dänemark ist“. Und die tariflichen Bestimmungen und Schiedsinstanzen müssen in solchen Fällen die Druckerkollegen stützen. Die Lithographen in den Betrieben aber haben berechtigten Anspruch, die Hilfe der Steindruckerkollegen in dieser Weise in Anspruch zu nehmen. Selbstverständlich ist es Pflicht der Lithographen in den Betrieben, auch hier zu tun, was ihnen zu tun möglich ist.

Die Möglichkeiten der Lithographen, die von außen kommenden Lithographien auf ihre Herkunft zu prüfen, wird um deswillen sehr gering sein, weil sie sich zumeist deren Gesichtsfeld entzieht. Deshalb auch der dringende Appell an die Steindruckerkollegen. Auch den Lithographen ist trotzdem noch ein reiches Arbeitsfeld verblieben. Denn neben der Kontrolle von außen kommender Lithographien auf ihre Herkunft hin, muß die Kontrolle auf Herstellung dieser Lithographien unter tariflichen Bedingungen stehen. Auch die in die Liste eingetragenen Privatlithographen haben sich an Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen schon allerhand geleistet. Aber die Eintragung in die Liste der tariffreien Privatlithographen soll kein Freibrief für Umgehung oder Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen sein. Und da der Verband der selbständigen Lithographen und Gebrauchsgraphiker grundsätzlich solche Methoden ablehnt und erklärt, den Gehilfen in den Betrieben keine unbillige Konkurrenz machen zu wollen, sehen alle ethischen Elemente aus diesem Kreise auf unserer Seite. Das kam auch zum Ausdruck in einer Besprechung der Zentralkommission der Lithographen mit der Leitung dieses Verbandes, die kürzlich stattfand. Da weitere solche Besprechungen ins Auge gefaßt sind, die ohne Zweifel nicht ganz zwecklos sind, besteht die Möglichkeit, daß von zwei Seiten die Schmarotzer des Lithographiegewerbes bekämpft werden können. Ehe jedoch diese gemeinsame Arbeit auch örtlich geleistet werden kann, muß noch manches der Klärung zugeführt werden. Rasam ist jedoch, daß die Gehilfen bei gegebener Gelegenheit die dem Verband der selbständigen Lithographen und Gebrauchsgraphiker noch fernstehenden Privatlithographen hinweisen, ihrer wirtschaftlichen Organisation beizutreten. Denn von Organisation zu Organisation lassen sich leichter Verständigungen erzielen als ohnedem.

Alles in allem gilt es, soll nicht die Lithographie im Mahlstrom der sich immer deutlicher bemerkbar machenden Krise zerrieben oder zu einem unübersichtlichen Gebilde gelotert werden, die Hände zu rühren und zu tun, was zu tun möglich ist! Ist es auch zwecklos die ehemaligen Verhältnisse, in denen die Lithographie dominierte, herbeizuwünschen, oder gegen die technische Entwicklung anzurennen, eibt doch genügend übrig, das unsere ganze Aufmerksamkeit fordert. Gelingt es uns nur — und es muß gelingen, wenn alle vorhandenen Kräfte in zweckentsprechender Weise zum Einsatz kommen — die tariflichen Bestimmungen in der Praxis zur Beachtung zu bringen, dann ist schon allerhand zur Besserung der wirt-

schafflichen Lage der Lithographen geschehen. Weiteres kann dann folgen. Aber das Weitere hat die In-die-Tatsetzung des Ersteren zur Voraussetzung. Bemühen wir uns deshalb an unserem Teile zu tun was die tariflichen Bestimmungen von uns fordern und vergessen wir nicht die Hilfe unserer Steindruckerkollegen dort zu fordern, wo aus eigener Kraft eine Einwirkung unmöglich ist, und der erste Schritt zur tatsächlichen Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage ist getan. Anders werden wir Lithographen auch nicht die Achtung erfahren, die wir beanspruchen können, und unsere Arbeit nicht die Wertschätzung finden, die ihr gebührt.

Photogr. Mitarbeiter.

Preiserhöhung für Vergrößerungen.

Eine Bekanntmachung der Vereinigung Deutscher Vergrößerungsanstalten, der die Firmen Max Breslauer, Leipzig; H. Calsen, München; C. Grieser („Verovinka“, „Matroin“) Berlin; F. Hartmann, Mannheim; W. Hartwig, Leipzig; W. Munkwitz, Leipzig; Schmidt und Popp, Leipzig; F. Spacek & Co., Hamburg; W. Vorphal, Frankfurt a. M.; und E. Blum, Berlin angehören, teilt mit, daß durch weitere Erhöhung der Materialpreise und Löhne der Zwang eingetreten sei, die Preise für Vergrößerungen zu erhöhen. Und zwar werden die Preise der Liste Nummer 6 von 200 auf 300 Prozent erhöht. Rohvergrößerungen erfahren eine Erhöhung auf 400 Prozent. Damit gleichen die organisierten Vergrößerungsanstalten ihre Preise wenigstens einigermaßen den Notwendigkeiten an.

Leider gehören der Vereinigung Deutscher Vergrößerungsanstalten nur recht wenig Firmen des Vergrößerungsgewerbes an. Wie im Porträtagewerbe ist auch hier eine Zersplitterung anzufinden, wie sie nur selten vorkommt. Und aus ihr resultieren all die Bitten grandioser Schmutzkonkurrenz, die schon so oft Beleuchtung erfahren haben. Ist doch bis heute noch nicht der Ruf verstummt, die sich aus der getätigten Praxis ergebenden Übervorteilungen des Publikums zu beseitigen.

Daß sich im Vergrößerungsgewerbe solche Winkelexistenzen breit machen konnten, die ohne Rücksicht auf das Gewerbe und sein Anssehen ihr Geschäft betrieben, ist bis zu einem gewissen Teile auch Schuld der beschäftigten Berufsarbeiter. Unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Vergrößerungen oft hergestellt wurden, und zum Teil noch werden, spottet jeder Beschreibung. Welche Methoden von diesen Winkelexistenzen angewendet wurden, um die in Beschäftigung angenommenen Hausarbeiter um ihren kargen Verdienst zu bringen, ist nicht nur in der Fachpresse, sondern auch in der Tagespresse nur zu oft Gegenstand berechtigter Kritik gewesen. Es ist deshalb nicht nötig, all das Gesagte noch einmal zu wiederholen. Es war deshalb eine Tat, daß die auf eine gesunde Geschäftspraxis wertlegenden Vergrößerungsanstalten nach den Novembertagen zum Abschluß eines Reichstarifes mit dem Verband kamen, um geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse und auch geordnete Absatzbedingungen zu schaffen. Leider haben die im Vergrößerungsgewerbe Beschäftigten diese Tat nicht zu würdigen gewußt. Die vorhandene Gleichgültigkeit dieser Kollegen hat es vielmehr ferliggebracht, daß die gesunden Ansätze wieder verkümmerten. Die Passivität dieser Kollegen ging sogar soweit, daß der zum Abschluß

gebrachte Reichstarif nicht zu halten war und wieder ins Jenseits hinüber schlummerte.

Aber die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht ihre eigenen Bahnen, und wer nicht versteht sich ihr anzupassen, wird recht unsanft von ihr gepackt. Das totale wirtschaftliche Versinken ist zumindest das Ergebnis solchen Verhaltens und kein Grad von Resignation wird auch nur einen Deut an diesem Lauf der Dinge ändern. Wer sich eben nicht reckt und rührt und unter Einsatz seiner Person seine Ansprüche geltend macht, wird kaltherzig beiseite geschoben. Das ist nun einmal der Lauf der Welt und nur der handelt klug und in wohlverstandener Eigeninteresse, der die Konsequenzen aus diesen Tatsachen zu ziehen vermag.

Daß auch im Vergrößerungsgewerbe die Möglichkeit besteht, durch einiges Zusammenstehen der Berufsarbeiter geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit geordnete gewerbliche Absatz- und Verkaufsverhältnisse zu erzwingen, beweist neben der Existenz fester Preise für einen Teil der Firmen, das Verhalten der in Leipzig im Vergrößerungsgewerbe Beschäftigten, die bezüglich des Lohnes die Abmachungen im Lithographie- und Steindruckergewerbe für sich in Geltung setzen konnten. Die Forderung der Anerkennung der Lohnsätze der Lithographen und Steindruckerei muß auch in allen anderen Orten aufgestellt und durchgedrückt werden, damit eine unbillige Konkurrenz unterbunden wird. Und es liegt alle Veranlassung vor schnell zu handeln! In aller Kürze gilt es, diese Forderung durchzusetzen und eine einheitliche Basis für weitere Lohnregelungen zu schaffen. Denn die Zeit des notwendigen Lohnaufbaues ist noch nicht abgelaufen. Im Gegenteil deuten alle Anzeichen darauf hin, daß der Lohnaufbau im Galopp tempo weiter geht. Es ist deshalb höchste Zeit, daß sich auch die Kollegen des Vergrößerungsgewerbes fest zusammenschließen und durch den Verband fordern, was ihnen gebührt. Nützt die Zeit!

Feuilleton.

Was will die Volkshochschule?

(Auszug aus größerem Artikel von Dr. Bruno Wille.)

„Dazu beitragen, daß recht viele Volksgenossen zu besserer Innenkultur gelangen. . . . Was hilft materielle Reichtum, wo's an Seelenreichtum fehlt? Was hilft freie Zeit, wenn man sie nicht würdig zu verwenden weiß!“ — In meinem Wohnort haben junge Kollegen, deren Ideal Reichtum zu sein scheint, ihre freie Zeit zum Falschmünzen benutzt, und haben das so lange getrieben, bis sie erwischt wurden!

„Genossen macht gemein“, spricht Faust, indem er selbstsüchtig-rohen Genuß ablehnt. „Freut euch des Lebens!“, diese Losung mag gelten — nur muß wahre Freude gemeint sein. Die will den Volksgenossen die Volkshochschule vermitteln — reiche, volle Lebensfreude.

Das Mittel hierzu heißt Kenntnis, Erkenntnis, Mitfühlen. Wir wollen uns die weite Welt verständlich machen, die Natur in ihrer Ordnung und Schönheit, das kulturelle Ringen der Menschheit, die Ideale, zu denen unsere großen Denker und Dichter, alle Künstler und stiftlichen Führer der Menschheit hinweisen und Bahnbrecher sind. . . . Es gilt eure Vervollkommnung und Befähigung. Anspannung der Kraft darf man freilich nicht scheuen, wo sie unerlässlich ist. Wer ein herrliches Land durchwandern will, muß sich manchmal zusammenraffen, so daß Ziel erreicht werden.

Gleich auf das allerhöchste Ziel deute ich hin — will ja verständlich machen, weshalb die Volkshochschule *Hochschule* heißt. Aber sie meint nichts Überspanntes, sondern erfüllt zugleich bescheidene Wünsche praktischer Art: Sie ist auch eine Schule des Volkes — für jeden Strebenden, für sämtliche Berufe und Kreise, geeignet für jung und alt, Mann und Weib, Arbeiter und Bürger (in Stadt und Land!). Bestimmte Vorbildung braucht der Hörer nicht zu haben, die Vorträge werden eben volkstümlich gehalten.“

So Dr. Bruno Wille, ein Volksmann, von dem man in Zukunft mehr reden wird als bisher, denn die Bedeutung der Geisteskultur ist fast von allen sozialdemokratischen Parteien zum Teil unterschätzt worden. In meinem Wohnort, wo ich erleben muß daß junge Kollegen der Falschmünzerei vertaßten sind, habe ich ganz speziell den einen Kollegen der „Missetäter“ geworden, noch ganz vor kurzem auf gefordert: doch die Volkshochschule zu besuchen. Wohl ist mir sein unestes, unsicheres Wesen beim letzten Begegnen gleich aufgetaucht, und als die Falschmünzergesellschaftaufhebung in den Blättern — ohne Namens-, nur mit Berufsbezeichnung, zu lesen stand —, hatte ich beide Kollegen, die wie ein paar „siamesische Zwillinge“ zusammenhielten gleich in Verdacht. — Mit seiner freien Zeit muß man in der Jugend anders umgehen, als diese Kollegen, — leider waren sie auch „Kriegs-Pflichtsoldaten“, — getan haben. *Gewissens- und Militärschancen braucht unsere Zeit!* M.-D.

Eingegangene Schriften.

Die Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte. I. Teil. Von Karl Korn. Grundpreis 0,80 Mk.

Dieser erste Teil behandelt die Geschichte der frühesten selbständigen Organisationen der deutschen Arbeiterjugend, des norddeutschen und des süddeutschen Verbandes in den Jahren 1904-1908; d. h. bis zum Auftreten des Reichsvereines. Der Geschichtsabteilung g. h. ist eine soziologische Einleitung voraus, die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der Bewegung behandelt.

Bühnenkunst und Jugendspiele. Von E. R. Müller. 48 S. Grundpreis 0,40 Mk.

Der bekannte Verfasser gibt in der Schrift der weitverbreiteten Jugendspiele eine Einführung in die Frage der Bühnenkunst der Jugend. Die Liebe der Jugend für das Theatralische findet hier eine neue, interessante Beleuchtung. Der Verfasser schreibt dem Jugendspiele eine sehr große kulturelle Aufgabe zu.

Die Schule der arbeitenden Jugend. Von J. Schult. Grundpreis 0,65 Mk.

In dieser Schrift wird zum ersten Male eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Schulwesens für die arbeitende Jugend gegeben und wertvolle Vorschläge für die Reform dieses Teils unserer Schule gemacht.

Jugend heraus! Gedichte und Prologe für Kundgebungen und Feste Dritte, bedeutend vermehrte Auflage Grundpreis 0,65 Mk.

Die zur Ausgestaltung unserer Feste bestimmte Sammlung von Gedichten und Prologen liegt in dritter, stark vermehrter Auflage vor. Die gute Aufnahme und starke Verbreitung, die die ersten Auflagen dieses Büchleins gefunden haben, sprechen für seiner Wert.

Vorstehende Jugendschriften, die im Arbeiterjugend-Verlag, B.-lin SW 68, Lindenstraße 3, erschienen sind können nicht nur der Jugend, sondern auch den Erwachsenen nur auf das Beste empfohlen werden. Selbst der literarisch Geschulte und kritisch Veranlagte wird, wenn kein geistiger Gewinn beim Studium abfällt mit in die Gedankengänge unserer Jugend hineingeführt und findet so die Blicke zu mehr dem was ihm bisher nicht so recht verständlich war. Und unsere Jugend zu verstehen, ist die erste Voraussetzung dafür, sie für unsere Ziele zu begeistern.

Durchaus selbständiger tüchtiger

Flachdruckmaschinenmeister sowie tüchtiger Umdrucker (Abzugmacher)

zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote an **Wezel & Naumann, A.-G., Zeitz.**

FARBÄTZER, tüchtige Kraft,

zu sofortigem Eintritt gesucht. Ausführliche Angebote an **Zerziss & Co., Nürnberg.**

Galvaniseur, selbständige Kraft,

mit allen Metallfärbungen der Metallschlitter-Fabrikation eingehend vertraut, sofort in gut bezahlte Dauerstellung gesucht

Nürnberg Metallwerk Lessinger & Heymann, Nürnberg 9.

Handdruckformenzeichner

für Stoffdruck, der in der Lage ist, nach Vorlagen die Zeichnungen für die Formstecher mit richtigen Ansätzen und Einleilungen zu zeichnen, wird gesucht.

Walter, Haendel & Co., Stoffdruckfabrik, Berlin NO 55, Winastrasse 62.

Gebrüder Schopflocher, Fürth i. B. 6

Bronzefarben- und Aluminiumpulver-Werke

Telegraphenadresse: Fortuna Fürth/bayern

Gratismuster auf Wunsch

Spezialität: Fettfreie Lithobronzen „FORTUNA“

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck. Photomechanische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch d. Direktion der Kunstgewerbeschule in **Barmen**

Holzstecher

vollständ. Werkzeug

wie auch einzelne Eisen zu kaufen. Angeb. unt. **B. H. 500** an die Expedition der Graph. Presse.

Lithographiertisch,

Drehschemel, Werkzeuge und Utensilien verkauft **Obier, Berlin, Drontheimerstr. 1.**



von **Karl Mess** SM verwenden

BERLIN SO-36, Wlenerstr. 50, PERHUP MORITZPLATZ, 12269

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die

von der organisierten Arbeiterkassens ins Leben gerufene

Volkspfürsorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft **Hamburg 5.**

Unsere lieben Kollegen **Johann Gößwein** nebst Gemahlin die besten

Glück- und Segenswünsche

zu ihrer silbernen Hochzeit wünschen die Kollegen der

Zahleliste Würzburg a. M. i. A. Vorrand.

Verbandsnachrichten

Um Angabe des jetzigen Aufenthaltes, bzw. Adresse des Photographen

Georg Köhler

zuletzt tätig in der Oberschlesischen Klichschneefabrik in Gleiwitz, wohnhaft vor dieser Zeit in Düsseldorf ersucht:

Tarifarzt für Deutschlands Chemigraphen-Kupfer-, Licht- und Tiefdruckker **berlin SW 68, Markgrafstraße 73, II**